

Johannes Harnischfeger

Ethnische Selbstbestimmung und Demokratie Minoritätenvölker und Milizen im Nigerdelta

Mit dem Übergang zur Demokratie nach 15 Jahren Militärherrschaft haben die Minderheitenvölker im Süden Nigerias mehr Autonomie gewonnen. Oppositionsgruppen können sich fast ungehindert organisieren, und ihr Protest hat dafür gesorgt, dass heute sehr viel mehr Gelder aus dem Budget der Bundesregierung ins Nigerdelta und die angrenzenden Küstengebiete fließen. Unter den Militärs wurde Nigerias Erdölregion, die dem Land mehr als 95 % seiner Exporterlöse beschert, lange vernachlässigt. Nur 3 % der staatlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft gingen direkt an die Erzeugerregion; heute dagegen überweist die Zentralregierung den sechs Minoritätenstaaten an der Südküste 13 % der Öleinnahmen. Die Weltmarktpreise für Rohöl sind zudem drastisch gestiegen, so dass die Regierungen der Deltastaaten seit Januar 2000 mehrere Mrd. US\$ an zusätzlichen Einnahmen erhielten.¹ Doch von diesem Geld kommt nur wenig bei den einfachen Bürgern an, denn ihnen ist es nicht gelungen, die neu geschaffenen demokratischen Institutionen zu nutzen, um die Politiker in den Landesregierungen und Kommunalverwaltungen zur Verantwortung zu ziehen. In jenen Gebieten, die heute von „Befreiungsbewegungen“ kontrolliert werden, ist die Situation nicht besser. Ethnische Milizen bekämpfen sich oft gegenseitig, oder sie greifen gegnerische Dörfer und Stadtviertel an. Das hat zur Folge, dass bei bewaffneten Zusammenstößen heute mehr Menschen sterben als zu Beginn der 1990er Jahre, als das Militärregime den Aufstand der Ogoni niederwarf.

Wie kommt es, dass sich auch nach dem Ende der Militärdiktatur die Gewalt nicht begrenzen lässt? Da der Staat seine Bürger nicht mehr ausreichend schützt, schließen sie sich zu ethnischen, religiösen und kommunalen Gruppen zusammen, die ihre Mitglieder und ihr Territorium gegen Übergriffe fremder Gruppen verteidigen. Der Aufstieg privater Gewaltakteure erklärt sich freilich auch aus internen Konflikten und dem Zerfall lokaler Ordnungsstrukturen. Besonders im Nigerdelta, wo Gouverneure und Milizenführer, Dorfälteste und Jugendbanden um die Verteilung der Ölmilliarden streiten, gibt es kaum noch legitime Formen von Autorität, die bewaffnete Konflikte unterbinden oder schlichten könnten.

Dass sich die Gewalt nicht eindämmen lässt, hängt zudem mit den vielen Waffen zusammen, die seit den 1990er Jahren ins Land geströmt sind.² Mit militärischen Mitteln lässt sich die Region nicht befrieden. Um zu verhindern, dass sich unter den Deltaminoritäten und anderen Völkern Nigerias Separationsbestrebungen durchsetzen, müsste die Regierung einen Ausgleich zwischen den auseinanderstrebenden Segmenten herbeiführen. Doch Konflikte zwischen ethnischen Gruppen, die nach Autonomie streben, sind mit jenen Institutionen, die Nigerias demokratische Verfassung bereitstellt, nicht zu lösen.

Das Versagen demokratischer Konfliktlösungen

Von den Bewohnern der Deltaregion kann niemand erwarten, dass sie das Gewaltmonopol des Staates anerkennen. Lokale Gemeinschaften sind auf ihre Milizen angewiesen. Ohne die Bereitschaft, ihre Interessen zur Not mit Gewalt zu verteidigen, könnten sie sich gegen Übergriffe der Regierung oder gegen Angriffe anderer *communities* nicht behaupten. Milizen genießen daher breite Unterstützung in ihren Heimatgemeinden (Sesay 2003: VII). Zu ihrer Popularität trug außerdem bei, dass sie sich der Politik der Regierung und der Ölkonzerne recht erfolgreich entgegengestellt haben. Unter dem Druck militanter Protestbewegungen mussten Shell, Chevron, Agip und Elf sehr viel mehr Geld als ursprünglich geplant für Entwicklungsprojekte in den umliegenden Fischer- und Bauerndörfern investieren. Es entstand zudem für mehrere Mrd. US\$ eine Gasverflüssigungsanlage, die dazu beiträgt, weitere Umweltschäden zu reduzieren: Während man in den 1970er Jahren 98 % der Erdgase, die bei der Ölförderung freigesetzt werden, abgefackelt hat, wird heute mehr als die Hälfte davon vermarktet (Economist Intelligence Unit 2005: 35). Friedliche Proteste allein hätten die Firmen nicht bewegen können, den Forderungen der Bevölkerung entgegenzukommen. Entscheidend war wohl die Einsicht der Ölmanager, dass eine Eskalation der Konflikte zu kostspielig ist. Denn in der Deltaregion, die unzugänglich und zugleich dicht besiedelt ist, lassen sich die Produktionsanlagen mit militärischen Mitteln nicht effektiv schützen.

Die Bereitschaft der Ölfirmen, in sozialen und ökologischen Belangen Zugeständnisse zu machen, war auch eine Reaktion auf internationale Proteste. Gleich nach den spektakulären Reportagen über die Rebellion der Ogoni begann Shell, der größte Ölproduzent Nigerias, seine Ausgaben für Sozialprogramme zu erhöhen. Allein in den Jahren 2002 und 2003 investierte der Konzern nach eigenen Angaben insgesamt fast 100 Mio. US\$ in lokale Entwicklungsprojekte und warb damit in seinen Hochglanzbroschüren, auch wenn viele der beschriebenen Maßnahmen keine nachhaltige Wirkung hatten (Peel 2005: 5ff; Frynas 2001: 42, 48; Zalik 2004: 410-413). Der Misserfolg solcher *community-development*-Initiativen hängt auch damit zusammen, dass die Bewohner der betroffenen Gemeinden we-

nig Interesse zeigen, mit den Entwicklungsexperten zusammenzuarbeiten. Ein weiteres Hindernis liegt in der sozialen Desintegration lokaler Gemeinschaften. Viele Dörfer sind so sehr durch Fraktionskämpfe gespalten, dass ihre Bewohner nicht die Kraft aufbringen, sich für kollektive Interessen einzusetzen. Statt sich die neu geschaffenen Einrichtungen anzueignen und durch gemeinsame Anstrengungen zu erhalten, lässt man sie verfallen oder macht sie zur Beute rivalisierender Gruppen.

Während Shell und andere Konzerne auf ihr Image bedacht waren und einen Ausgleich mit der lokalen Bevölkerung suchten, ließ sich Nigerias Militärherrscher Sani Abacha nicht zu Kompromissen bewegen. Erst die zivile Regierung unter Präsident Obasanjo zeigte sich bemüht, in der internationalen Öffentlichkeit Respektabilität zu gewinnen. Obasanjo war der erste Staatschef Nigerias, der die Delta-Region überhaupt besuchte (Douglas & Ola 1999: 335). Bei den Wahlen 1999 hatte er unter den Minoritäten viel Unterstützung gefunden, doch schon bald nach seinem Amtsantritt waren die Wähler im Delta enttäuscht, weil er ihre Forderung nach Ressourcenkontrolle und direkter Verfügung über 50 % der Erdöleinnahmen schroff ablehnte. Vertreter der Region erklärten, Obasanjo verhalte sich wie ein Militärherrscher im zivilen Gewand, ja er behandle die Minderheitenvölker mit „offenem Hass“.³ Doch das Problem liegt nicht in der Person des Präsidenten; Obasanjo spricht nur aus, was viele, wenn nicht die meisten Nigerianer denken. Für Angehörige der großen Völker – Igbo, Yoruba und Hausa-Fulani, die zusammen die große Mehrheit der Bevölkerung bilden – ist es keine attraktive Vorstellung, den Minoritäten zuliebe auf die Hälfte der staatlichen Öleinnahmen zu verzichten. Obasanjos Herausforderer bei den letzten Wahlen 2003, Muhammad Buhari, ein Fulani aus Nordnigeria, wäre den Forderungen der Ölminoritäten auch nicht weiter entgegengekommen als sein Gegenspieler aus dem Yorubaland.

Die Aufteilung der Ölmilliarden ist ein Nullsummen-Spiel. Je mehr die Bewohner der Deltaregion davon erhalten, desto weniger bleibt anderen Nigerianern. Die Rebellion der Ogoni, die als erste gegen die Ölpolitik der Zentralregierung aufbegehrten, fand daher in anderen Teilen des Landes kaum Unterstützung. Auch ihr Führer Ken Saro-Wiwa war außerhalb seiner Heimat wenig populär, und im angrenzenden Igboland, wo ich Mitte der 1990er Jahre lebte, war er wegen seiner Rolle im Biafra-Krieg geradezu verhasst: „Auf der internationalen Bühne und unter nigerianischen Intellektuellen, die gut davon leben, vor westlichen Publikum zu sprechen, errang er Märtyrerstatus, (aber) einfache Nigerianer äußerten sich zynisch über Saro-Wiwas Motive.“⁴

Sprecher der Minoritäten begründeten ihre Forderungen damit, dass die Aufteilung der Ölressourcen „ungerecht“ und „undemokratisch“ sei (Douglas u.a. 2003: 7; Kaiama Declaration 2004 [1998]: 52-53. Doch demokratische Entscheidungen würden den Ogoni, Ikwere oder Ijaw keine Gerechtigkeit bringen. Die Menschen in den Erdöl produzierenden Regionen bilden nur 10 bis 20 % der Gesamtbevölkerung Ni-

gerias. Käme es zu einem Referendum, würden sie mit ihrer Forderung, die Hälfte der Ölgelder für sich zu behalten, sicher überstimmt. Schon zur Zeit von Nigerias Zweiter Republik (1979-1983), als ein ziviler Präsident die Herrschaft der Generäle kurz unterbrach, hatten die Menschen der Delta-Region die Erfahrung gemacht, dass ihre Interessen auch unter einem demokratischen Regime nicht geschützt sind. Präsident Shehu Shagari ließ damals mit Unterstützung des Parlaments ihren Anteil an den Erdöleinnahmen auf 2 % herabsetzen. Aus der Perspektive der Minoritäten hatte es in Nigeria nur einmal einen fairen Ausgleich gegeben, nämlich zu Beginn der Unabhängigkeit. Nach der Verfassung, die die Kolonialmacht dem Land hinterlassen hatte, besaßen die Regionen weitgehende Vollmachten. Sie durften ihre Bodenschätze eigenständig ausbeuten und mussten nur 50 % der Erlöse an die Bundesregierung abführen. Von dieser Regelung profitierte damals (in einem bescheidenen Maße) die Nordregion mit ihren Zinn-Minen.⁵ Die Ölproduktion im Süden begann erst 1956, und es dauerte bis in die Zeit nach dem Biafra-Krieg, bis die Gelder aus dem Ölgeschäft zur wichtigsten Einkommensquelle des Staates wurden. 1970 stammten 26 % der Staatseinnahmen aus dem Verkauf von Erdöl, 1974 waren es 82 % (Frynas 2001: 29). Je wichtiger das Öl wurde, desto mehr reklamierten es die Politiker in der Bundeshauptstadt Abuja für sich. General Gowon verkündete 1969 per Dekret, dass Nigerias Bodenschätze dem ganzen Land gehören und nicht einzelnen Bundesstaaten. Deshalb sei es Aufgabe der Zentralregierung, die Ressourcen zu vermarkten und mit den Ölfirmen Verträge auszuhandeln. Ein Jahr später reduzierte Gowon den Anteil, den der Bund an die Erdöl produzierenden Länder überwies, von 50 auf 45 %, und 1971 verfügte er, dass den Ländern keine Einkünfte von jenem Öl zustehen, das vor ihren Küsten auf Bohrinseln gefördert wird. Seine Nachfolger reduzierten die Länderquote dann weiter, zunächst auf 20 dann auf 1,5 % (Dibua 2005: 10-11; Sébille-Lopez 2005: 173f; Tell⁶, 7. 4. 2003: 46).

Kontrolle über ethnisches Territorium

Mit den Ölmilliarden aus der Deltaregion ließen die Machthaber aus Nordnigeria in Lagos und Kano Autobahnen bauen; sie finanzierten den Bau von Moscheen oder verwendeten das Geld für aufwändige Prestigeobjekte: die neue, am Reißbrett entworfene Hauptstadt Abuja oder das Stahlwerk Ajaokuta, dessen Bau fast fünf Mrd. US\$ verschlang, das aber nie eine einzige Tonne Stahl produzierte (Economist Intelligence Unit 2005: 37). Angesichts der Vergeudung staatlicher Ressourcen ist es verständlich, dass Ken Saro-Wiwa und andere Aktivisten verlangten, wenigstens einen Teil des Geldes den Politikern in der Hauptstadt zu entziehen, damit es jenen Menschen zugute kommt, die unter den Folgen der Erdölproduktion zu leiden haben. Als Ausweg aus der Krise empfahlen sie, in wesentlichen Punkten zu der alten kolonialen Regelung zurückzukehren: Die Menschen in

der Küstenregion sollten die Kontrolle über ihre Ressourcen erhalten, auch über die Ölfelder vor der Küste, und was sie durch den Verkauf von Erdöl einnehmen, sollten sie zu 50 % behalten dürfen. In einem zentralen Aspekt unterscheidet sich aber der Föderalismus, wie ihn heutige Aktivisten verstehen, von jener alten föderalen Verfassung. Die Verfügung über die Bodenschätze soll nicht bei der Region oder bei einzelnen Bundesstaaten liegen, sondern bei den Ethnien, die dort leben. Jedes der „Öl produzierenden Völker“ beansprucht das Recht, die Ressourcen in „seinem“ Siedlungsgebiet eigenständig zu vermarkten. Die Oppositionsbewegungen im Nigerdelta sind daher entlang ethnischer Linien organisiert, als *Ijaw National Congress*, *Urhobo National Assembly* oder *Oron National Forum* (Ikelegbe 2005: 246-248). Auch die Organisation, die Ken Saro-Wiwa leitete, *Movement for the Survival of the Ogoni People*, verstand sich als eine ethnische Befreiungsbewegung, die mit eigener Flagge und Nationalhymne für die Autonomie der 500.000 Ogoni kämpfte. Ökologische Forderungen rückten erst später ins Zentrum der politischen Botschaft, als ihre Führer Unterstützung im westlichen Ausland suchten (Bob 2001: 317-321). Der Kampf gegen die Umweltzerstörung westlicher Konzerne und gegen die Repression der Militärs blieb im Übrigen mit einer exklusiv ethnischen Strategie verknüpft: Die Ölfelder, die Shell östlich von Port Harcourt ausbeutete, seien Eigentum der Ogoni, die dort seit unvordenklichen Zeiten gesiedelt haben. Um Fremde von der Kontrolle über dieses Territorium auszuschließen, verlangte Ken Saro-Wiwa für sein Volk einen eigenen, weitgehend autonomen Bundesstaat: „Wir wünschen uns einen Hausa-Staat, einen Tiy-Staat, Idoma-Staat, Ijaw-Staat, einen Ogoni-Staat“ (Saro-Wiwa 1998b [1993]: 357).

Auch die *Kaiama Declaration* von 1998, der sich 500 Vertreter von Ijaw-Organisationen anschlossen, erklärt: „Alles Land und seine natürlichen Ressourcen [...] innerhalb des Ijaw-Gebiets gehören den Ijaw-Gemeinschaften“ (*Kaiama Declaration* 2004 [1998]: 52). Mitglieder anderer Ethnien dürfen sich hier nur mit Genehmigung der Eigentümer, der *landlords*, ansiedeln, und sie bleiben von der Kontrolle über das Territorium ausgeschlossen. Denn die Ijaw beanspruchen, über das Land ihrer Ahnen eigenständig ohne Einmischung von außen zu verfügen. Ob ihre Heimat zu Nigeria gehört oder sich von der Föderation abspaltet, wollen sie als die Herren des Landes selbst entscheiden. Solange sie mit den Hausa-Fulani und anderen Ethnien einen gemeinsamen Staat bilden, sind sie bereit, einen Teil ihrer Öleinnahmen in die Hauptstadt zu überweisen, damit die Regierung einige zentrale Aufgaben wahrnehmen kann, etwa das Eisenbahnnetz instand zu halten. Aber für die ökonomische Entwicklung des Hausa-Lands oder für dessen Infrastruktur fühlen sich Ijaw und Ogoni nicht zuständig (Saro-Wiwa 1998b [1993]: 355f).

Kritiker in Europa und den USA warfen den Führern der Minoritätenvölker vor, dass sie in ihren Siedlungsgebieten eine lokale Hegemonie anstreben und damit Angehörige anderer Ethnien diskriminieren. Sich auf die Vorrechte der

indigenen Bevölkerung zu berufen sei bedenklich, denn im Grunde seien alle Beteiligten nigerianische Staatsbürger, die Anspruch auf gleiche Rechte hätten. Die Unterscheidung zwischen Eigen und Fremd, Autochthonen und Zugewanderten solle daher aus politischen Debatten verschwinden (Human Rights Watch 2003: 4; Brunner 2002: 268-273). Doch solche Appelle werden wenig bewirken. Wenn staatliche Institutionen kaum noch Schutz gewähren, müssen sich die Menschen, wie in vorkolonialer Zeit, zu verteidigungsbereiten Gruppen zusammenschließen. Die eigenen Angehörigen, seien es Mitglieder der Familie, des Clans oder der Ethnie, sind dabei die naheliegendsten Verbündeten. Angehörige der großen Ethnien verhalten sich in dieser Hinsicht nicht anders als die Völker im Nigerdelta. Nur benutzen sie unterschiedliche Strategien, um sich von anderen abzugrenzen. Nehmen wir das Beispiel der Hausa-Fulani im Norden Nigerias. Wenn es um die Aufteilung der Ölmilliarden geht, geben sich ihre Führer als überzeugte Patrioten. Die Ölvorkommen im Nigerdelta, so erklären sie, gehören allen Bürgern Nigerias und müssen daher im Interesse der nationalen Einheit allen Regionen zugute kommen. Doch im Hinblick auf die eigenen Ressourcen – bei der Verfügung über Land, über lokale Märkte oder über die öffentliche Verwaltung – sind sie ähnlich wie die Ogoni oder Ijaw auf Exklusivität bedacht. Die Bundesstaaten im Norden, so behaupten sie, seien „muslimische Staaten“, in denen die indigene Bevölkerung das Recht habe, staatliche Institutionen nach den Geboten der eigenen Religion zu organisieren (Tabiu 2001: 10). Indem die Muslime ihr angestammtes Territorium unter die Gesetze Allahs stellen, schließen sie Andersgläubige, vor allem die christlichen Zuwanderer aus Südnigeria, von der Partizipation am öffentlichen Leben weitgehend aus.

Eine Konferenz der Ethnien

Fast alle bewaffneten Konflikte, auch die Scharia-Unruhen in Nordnigeria, drehen sich um die Kontrolle über Territorium. Ethnische Minderheiten haben somit guten Grund, ihre Existenzgrundlagen bedroht zu sehen. Die Grenzen zwischen den Siedlungsgebieten sind umstritten, Landressourcen werden knapp, und so kommt es immer wieder zu so genannten *boundary wars*. In vielen Konfliktzonen hat die Zentralregierung Militäreinheiten stationiert, die die verfeindeten Parteien auseinander halten sollen. Das Nigerdelta, in dem die Regierung weniger den Landfrieden verteidigt als ihren Zugriff auf die Ölressourcen, stellt freilich in mancher Hinsicht eine Ausnahme dar. Die Bevölkerung hat hier oft den Eindruck, einer Besatzungsarmee ausgeliefert zu sein. In anderen Krisengebieten dagegen sind die Menschen eher erleichtert, wenn staatliche Sicherheitskräfte eingreifen und die Feindseligkeiten beenden. Da die Armee, als eine föderale Institution, ihre Angehörigen aus allen Teilen Nigerias rekrutiert und jede ihrer

Kompanien ethnisch gemischt ist, verhalten sich die Soldaten gegenüber den Konfliktparteien halbwegs unparteiisch.

Der Versuch, bewaffnete Konflikte zwischen ethnischen Milizen durch Militäreinsätze zu ersticken, ist sicher notwendig. Allerdings hat die Regierung keine Strategie, wie sich die Konflikte langfristig lösen lassen. Wer soll bei Landstreitigkeiten zwischen benachbarten Dörfern und Ethnien entscheiden? Welche Rechte besitzen Migranten, die sich unter indigenen Gruppen angesiedelt haben? Und wie lassen sich die vielen ethnischen Diasporas schützen? Die Verfassung gibt darauf keine ausreichende Antwort. Sie regelt nicht die Beziehungen zwischen ethnischen und religiösen Gruppen, sondern definiert die Rechte individueller Bürger gegenüber dem Staat (vgl. dazu Hyden 1999: 189). Doch der Staat, der die Rechte des Einzelnen schützen sollte, kann seine zentralen Funktionen nicht länger erfüllen, und damit verliert die Verfassung an Bedeutung. Die meisten politischen Akteure fühlen sich nicht mehr an konstitutionelle Prinzipien gebunden. Am offensichtlichsten ist das im muslimischen Norden des Landes, wo die Parlamente von zwölf Bundesstaaten die Scharia einführen und sich damit von zentralen Verfassungsprinzipien lossagen. Das islamische Recht, das nun das soziale und politische Leben der Muslime bestimmen soll, ist für den christlich geprägten Süden nicht akzeptabel. Muslime und Christen müssten, um ihr Zusammenleben neu zu regeln, auf andere Rechtsvorstellungen zurückgreifen. Es ist jedoch unklar, ob sich gemeinsame Prinzipien finden lassen, die an die Stelle der westlich geprägten Verfassung treten könnten.

Um das Verhältnis zwischen den ca. 500 Ethnien des Landes neu auszuhandeln, hatten Oppositionspolitiker wie Ken Saro-Wiwa schon Anfang der 1990er Jahre eine souveräne Nationalkonferenz vorgeschlagen. Der Begriff „national“ ist allerdings irreführend, denn die Delegierten, die über die Zukunft Nigerias zu beraten hätten, sollen nicht als Repräsentanten der nigerianischen Nation zusammenkommen, sondern als Vertreter ihrer Ethnien. Außerdem sollten sie nicht wie Parlamentarier von den Bürgern ihrer Wahlkreise gewählt, sondern von ethnischen Assoziationen ernannt werden.⁷

Dieses Modell der Repräsentation markiert einen klaren Bruch mit Demokratie-modellen, die aus Europa oder Nordamerika importiert wurden. Statt individuelle Bürgerrechte zu betonen, soll eine künftige Verfassung die ethnischen Realitäten anerkennen und sich auf die kommunitären Traditionen Afrikas zurückbesinnen (Agbu 2004b: 26, 46; Alubo 2004: 138f; Jinadu 2004: 11ff). Souveränität soll nicht mehr bei den Bürgern des Landes liegen, sondern bei den verschiedenen Ethnien. Sie erhalten den Status von Rechtssubjekten, die autonom entscheiden, wie sie mit anderen assoziiert sein wollen: „Die ethnischen Nationalitäten sollen die Bausteine zur Bildung der Föderation sein, mit dem Recht zur Selbstbestimmung“ (*Campaign for Democracy*, 1998, zit. nach Ibrahim 2002: 203; vgl.

Ejobowah 2000: 31). Die Befürworter einer Nationalkonferenz erkennen damit an, dass die primäre Loyalität der Politiker der eigenen Ethnie gehört. Jüngere Politiker wie Orji Kalu, der Gouverneur von Abia, einem der fünf Igbo-Bundesstaaten, sprechen das auch offen aus: „Ich gehöre zu einer Generation von Igbo, die bereit ist, überall und jederzeit alles zur Verteidigung der Igbo-Interessen zu tun“.⁸ Ein solches Bekenntnis zum Tribalismus ist sicher ehrlicher, als weiterhin zu behaupten, dass man sich dem nationalen Interesse Nigerias verpflichtet fühlt. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, dass eine Konferenz der Ethnien einen Ausweg aus der Krise weist. Die Vertreter rivalisierender Gruppen mögen Vereinbarungen treffen und die vereinbarten Regeln auch beachten, solange es ihnen opportun erscheint. Doch sobald es für eine der Parteien nicht länger von Vorteil ist, die Absprachen einzuhalten, hält sie nichts zurück, ihre Zusagen zu brechen (Hyden 1999: 191; Berman 2004: 49-50).

Bei Verhandlungen über die Nutzung der Ölressourcen appellierten Sprecher der Delta-Minoritäten an ihre Gegenspieler, „soziale Gerechtigkeit“ (Saro-Wiwa 1998a [1993]: 334) walten zu lassen. Aber welche Formel wäre bei der Aufteilung der Ölmilliarden gerecht? Gehören die Bodenschätze, die eine Laune der Natur in der Deltaregion verborgen hat, allen Nigerianern, oder sind sie Eigentum der Ijaw, Ibibio, Urhobo und Ogoni? Nach welchen Kriterien will man festlegen, ob den Bewohnern der Region 13 oder 50 % der Öleinnahmen zustehen?

Die Regierung Obasanjo hatte sich lange gegen eine Nationalkonferenz gesträubt, berief dann aber für den Februar 2005 doch noch eine Nationale Politische Reformkonferenz ein, an der Delegierte aus den Bundesstaaten, aber auch Vertreter von Gewerkschaften und anderen Nichtregierungs-Organisationen teilnahmen. Im Mittelpunkt der Kontroversen stand, wie erwartet, die Verteilung der Ölgelder. Delegierte aus der Küstenregion beharrten auf ihrer Forderung, die Hälfte der Einnahmen für sich zu behalten; Politiker aus dem Norden wollten die Quote dagegen nur von 13 auf 17 % erhöhen. Die Debatten schleppten sich monatelang dahin, hatten aber nur zur Folge, dass sich die Fronten weiter verhärten. Als die Mehrheit der Versammelten beschloss, den Öl produzierenden Staaten nicht mehr als 17 % zuzugestehen, stellten die Delegierten aus dem Nigerdelta ihre Mitarbeit ein, und die Konferenz endete am 11. Juli 2005, ohne dass die zentralen Probleme gelöst worden wären (Ebeku 2005: 139f).

Auf der Suche nach gemeinsamen Regeln

Regierungskritiker wie Wole Soyinka hatten das Konferenz-Projekt des Präsidenten von Anfang an abgelehnt. Eine Konferenz müsse souverän entscheiden, ohne Gängelung durch die Regierung, denn eine Föderation ethnischer Gruppen habe nur Bestand, wenn alle Beteiligten aus freien Stücken in eine politische Allianz

einwilligen: „Wenn Nigeria erwünscht ist, muss es verhandelt und nicht aufgezwungen werden.“⁹ Doch es ist fraglich, ob Nigerias Politiker sich leichter einigen könnten, wenn sie als Vertreter souveräner Ethnien miteinander verhandeln würden. Eine Nationalkonferenz müsste nämlich, im Unterschied zum Parlament mit seinen Mehrheitsentscheidungen, einvernehmliche Lösungen finden. Denn wenn alle beteiligten Gruppen sich das Recht auf Selbstbestimmung zubilligen, kann niemand verlangen, dass Ethnien, die ihre Interessen nicht durchsetzen konnten, sich dem Willen anderer Ethnien fügen. Angesichts der konträren Positionen sind die Aussichten auf einen Konsens, in dem die eigenen Interessen gewahrt wären, gering, insbesondere für die Delegierten aus dem Nigerdelta, denn sie würden auch auf einer souveränen Nationalkonferenz eine Minderheit bilden. Durch Gespräche allein, gleichgültig in welchem Rahmen, können sie nicht hoffen, Gehör zu finden. Um ihre Gegenspieler zu zwingen, Zugeständnisse zu machen, bleibt ihnen kaum eine andere Möglichkeit, als mit Gewalt zu drohen. So können sie etwa durch den Hinweis, dass bewaffnete Jugendliche die Ölproduktion blockieren oder Installationen zerstören werden, Politiker aus anderen Teilen Nigerias überzeugen, dass es zu riskant ist, sich über die Interessen der Minoritäten hinwegzusetzen. Die Militanz der Milizen ist also für die Verhandlungsführer aus der Deltaregion Teil ihres politischen Kalküls. Und es scheint: Auch die Mehrheit der lokalen Bevölkerung sieht in der Gewalt das „einzige effektive Mittel“, ihre Interessen zu artikulieren.¹⁰

Die Suche nach einem Kompromiss gestaltet sich auch deshalb so schwer, weil bei dem Streit um Ressourcenkontrolle und lokale Autonomie die Einheit des Landes auf dem Spiel steht. Viele Politiker, besonders im Norden, wollen ein Auseinanderbrechen der Föderation um jeden Preis verhindern. Andere dagegen plädieren offen für Sezession. Keine Seite aber kann sagen, durch welche Institutionen sie weitere Konflikte zwischen den Ethnien verhindern will. Der Versuch, das Gewaltmonopol der Zentralregierung aufrechtzuerhalten, hat nur zur Folge, dass sich ethnische Gruppen von der staatlichen Autorität noch mehr entfremden. Aber auch das Gegenmodell, die Selbstbestimmung der Ethnien, führt nicht aus sich heraus zu einem friedlichen Ausgleich. Ken Saro-Wiwa berief sich darauf, dass alle Völker Nigerias dieselben Rechte haben, gleichgültig wie groß ihr Territorium oder ihre Bevölkerungszahl sind (Brunner 2002: 267). Doch wer sollte diese Rechte verbürgen, wenn die Zentralregierung an Macht und Kompetenzen verliert?

Bewaffnete Konflikte ließen sich nur verhindern, wenn alle Beteiligten sich an gemeinsame Rechtsprinzipien gebunden fühlten, wenn es also Regeln gäbe, die von allen als gerecht und fair empfunden würden. Doch im Umgang der ethnischen und religiösen Gruppen miteinander haben sich keine gemeinsamen Werte und Überzeugungen herausgebildet. Westliche Verfassungsgrundsätze, mit denen die Nigerianer jahrzehntelang experimentiert haben, taugen nicht dazu, das Zusammenleben autonomer Ethnien zu regeln. Damit stellt sich die Frage nach

anderen Mechanismen der Konfliktregelung. Bei der Suche nach Alternativen, die den afrikanischen Realitäten besser angepasst sind, liegt es nahe, sich auf vorkoloniale Formen der politischen Organisation zu besinnen. Doch der Blick auf die eigenen Traditionen zeigt keine Ordnungsmodelle, die die Rechte ethnischer Minderheiten schützen würden. Die einzigen politischen Systeme, auf die man zurückgreifen könnte, um größere Regionen zu ordnen, sind imperiale Gebilde wie das Kalifat von Sokoto oder das Königreich Kwararafa. Sie schafften ethnische Hierarchien, in denen dominante Gruppen im Zentrum des Reiches über periphere Gruppen herrschen. Aus der Sicht der Minoritätenvölkern ist es durchaus möglich, dass solche Formen direkter Unterwerfung im nachmodernen Nigeria wiederkehren: „Ein Stamm kann einen anderen als unterworfen ansehen und dessen Mitglieder zu Untertanen machen.“¹¹

Sezessionsbestrebungen

Bei einem Auseinanderbrechen der Föderation würden vermutlich alle Teile des Landes Schaden nehmen. Dieselben zentrifugalen Kräfte, die Nigeria auseinander treiben, würden auch die Nachfolgestaaten destabilisieren. Zu den Verlierern dürfte vor allem die Hausa-Fulani-Elite im Norden Nigerias gehören, die das politische Geschehen des Landes jahrzehntelang dominierte. Ohne den gemeinsamen Staat, der es ihnen erlaubt, sich an den Ölquellen im Süden zu bereichern, stünden die Politiker in Kano und Sokoto vor dem Ruin. Denn der Norden verfügt kaum über Bodenschätze, die sich ausbeuten ließen, und die wenigen von ausländischen Investoren aufgebauten Industriebetriebe verfallen. Kein Wunder, dass Hausa-Fulani-Politiker entschlossen sind, die „heilige Einheit der nigerianischen Nation“¹² zu verteidigen, zur Not mit Gewalt. Solange Generäle aus dem Norden den Staatsapparat beherrschten, drohte man ganz offen, gegen abtrünnige Provinzen mit der Armee vorzugehen: „Wer auch immer versucht, sich abzuspalten, wir werden ihn zwingen zu bleiben. [...] Wir haben die Mittel, jeden Aufruhr niederzuwerfen.“¹³ Heute muss die Hausa-Fulani-Elite mit ihren Gegnern verhandeln; eine „Balkanisierung“ des Landes will sie aber auf keinen Fall hinnehmen: „Die gemeinsame Existenz Nigerias ist nicht verhandelbar und [...] wir werden eine unteilbare Einheit unter der Führung Allahs bleiben.“¹⁴

Demgegenüber halten sich die meisten Politiker aus dem Süden die Möglichkeit einer Sezession offen. Sollten die Igbo oder Yoruba eigene Staaten bilden, würden sie auf ihrem Territorium zwar auch nicht über nennenswerte Bodenschätze verfügen. Doch die Ölfelder der Deltaregion sind greifbar nahe. Einer der politischen Führer der Igbo sagte mir: „Wenn Nigeria zerbricht, werden wir in die Ölregion einmarschieren, und noch in derselben Nacht haben wir die Minoritäten ins Meer getrieben.“

Als sich die Igbo 1967 von der Föderation absplatteten, fügten sie große Gebiete der Ölminoritäten einfach in ihre Sezessionsrepublik ein. Der Krieg um Biafra ging verloren, doch seit 1999 operiert unter den Igbo eine „Befreiungsbewegung“, die erneut für einen unabhängigen Staat eintritt: *Movement for the Actualisation of a Sovereign State of Biafra* (MASSOB). MASSOB-Milizionäre hissen offen die alte Separatistenflagge und paradien in Uniformen der ehemaligen Biafra-Polizei durch die Straßen. Auf Landkarten, die die Umriss des künftigen Biafra zeigen, sind wieder – wie in der Sezessionsrepublik von 1967 – weite Teile der Küstenregion eingeschlossen. Sprecher der Minoritätenvölker erklärten, dass sie sich jedem Versuch widersetzen werden, sie in das Biafra-Projekt einzubeziehen.¹⁵ Doch der Führer von MASSOB beharrte zunächst auf den Annexionsplänen: Seine Organisation kämpfe nicht nur für die Rechte der Igbo, sondern auch für die Befreiung der Küstenvölker.¹⁶ Ob Igbo-Truppen tatsächlich die Deltaregion besetzen würden, ist schwer vorzusagen. Für den Moment reicht es, andere wissen zu lassen, dass Igbo-Politiker diese Option besitzen, denn damit gewinnen sie gegenüber den Führern anderer Ethnien eine stärkere Verhandlungsposition.

Mir scheint, die meisten Igbo-Politiker sind noch bemüht, ein Auseinanderbrechen Nigerias zu verhindern. Sie wollen ihre politischen und ökonomischen Interessen im Rahmen einer losen (Kon-)Föderation verfolgen, und so müssen sie mit Vertretern anderer Ethnien Allianzen schließen, um Einfluss auf den Staatsapparat zu gewinnen. Doch diese Zweckbündnisse sind unberechenbar und meist von der Absicht getragen, seine Partner zu übervorteilen.¹⁷ Eine verlässliche politische Ordnung lässt sich auf ihnen nicht aufbauen. Bei den Debatten um eine neue, „gerechte“ Verfassung zeichnet sich ein Bündnis mit den Nigerdelta-Minoritäten ab. Igbo-Politiker machten sich deren Forderung nach Ressourcenkontrolle zu Eigen, obwohl sie an einer solchen Regelung kein genuines Interesse haben (Sklar 2004: 50). Sie hoffen, auf diese Weise die Unterstützung von Politikern aus der Deltaregion zu gewinnen, etwa für den Fall, dass ein Igbo-Kandidat das Präsidentenamt beansprucht.

Eine Art Pakt ist tatsächlich zustande gekommen, allerdings nicht zwischen offiziellen Vertretern beider Seiten, sondern zwischen Führern separatistischer Milizen. Asari Dokubo, der Chef der *Niger Delta People's Volunteer Force* (NDLVF), und Ralph Uwazuruike, der Anführer von MASSOB, wollen kooperieren, um der Existenz Nigerias ein Ende zu setzen. Mehr an Gemeinsamkeiten verbindet sie freilich nicht, in den Worten von Uwazuruike: „Der Feind meines Feindes ist mein bester Freund.“¹⁸ Die Bewohner des Nigerdelta müssen mit der Möglichkeit rechnen, dass ihnen Igbo-Politiker im Konfliktfall keine Ressourcenkontrolle zugestehen würden. Denn da das Siedlungsgebiet der Igbo keinen direkten Zugang zum Meer besitzt, haben die Igbo-Politiker ein intensives Interesse an der Küstenregion: nicht nur an den Ölfeldern, sondern auch an der Hafenmetropole Port Harcourt.

Dass die Igbo in den letzten 35 Jahren wenig Einfluss auf das benachbarte Delta-Gebiet nehmen konnten, liegt vor allem an der ethnischen Balance innerhalb der Föderation. Die Hausa-Fulani und Yoruba bilden aus der Perspektive der Minoritäten eine Art Gegengewicht zu den Igbo und bieten dadurch Schutz vor deren Expansionismus. Auf diesen Schutz zu verzichten, wäre gefährlich, und deshalb sprachen sich Ken Saro-Wiwa und die meisten anderen Minoritätenführer stets gegen eine Trennung von Nigeria aus (Saro-Wiwa 1998a [1993]: 334f; Kaiama Declaration 2004 [1998]: 53). Erst in den letzten Jahren hört man viele Stimmen, vor allem unter militanten Jugendorganisationen, die alle Vor-sicht fahren lassen und auf eine völlige Unabhängigkeit von Nigeria drängen.

Interne Konflikte

Gegen eine Sezession spricht aus der Perspektive der Delta-Bevölkerung noch eine weitere Erwägung. Die Zentralregierung bietet nicht nur Schutz gegen Übergriffe der großen Ethnien, sie schützt die Minoritäten auch vor sich selbst. Für die Ogoni, Itsekiri und die meisten anderen Ethnien der Küstenregion ist die Aussicht, in einer gemeinsamen Nigerdelta-Republik zusammenzuleben, wenig attraktiv, denn ein solcher Staat wäre vermutlich von den Ijaw dominiert. Innerhalb Nigerias sehen sich die vier oder fünf Mio. Ijaw als eine unterdrückte Minderheit, doch in einem Großteil des Deltas bilden sie eine Mehrheit, die sich ihre zahlenmäßige Überlegenheit zunutze macht, um staatliche Institutionen zu kontrollieren. Als Ken Saro-Wiwa für jedes der Minoritätenvölker das Recht verlangte, einen eigenen Staat zu bilden, begründete er seine Forderung gerade mit den Hegemonie-Bestreбungen der Nachbar-Ethnie: Solange die Ogoni gezwungen seien, sich zusammen mit den Ijaw und anderen Gruppen den Bundesstaat Rivers zu teilen, bekämen sie nie die Chance, den Gouverneur zu stellen.

Die Schaffung eines eigenen Ogoni-Bundesstaates würde dem Streit um die Ölgelder freilich auch kein Ende setzen. Denn die Ogoni bilden, trotz ihrer Forderung nach ethnischer oder nationaler Autonomie, nur ein loses Bündnis von Gruppen, die unterschiedliche Sprachen sprechen und die schon in vorkolonialer Zeit in Kriege um Land verstrickt waren (Isumonah 2004: 437f). Dass sie ihre Ressourcen effektiv kontrollieren und gemeinsam verwalten würden, ist eher unwahrscheinlich. Der Kampf um das Öl hat die Ogoni, so wie die Ijaw, nicht geeint. Gerade die Gewaltstrategie der vielen rivalisierenden Jugendbanden und Milizen trägt dazu bei, dass sich im Innern der Ethnien Ressentiments und gegenseitiges Misstrauen verbreiten. Denn die *gangs* organisieren sich auf lokaler Ebene, in einzelnen Dörfern und Stadtvierteln, und sie operieren fast immer auf eigene Faust, ohne Absprache mit anderen Gruppen: „Diejenigen, die die Gewalt anführen, fühlen sich nicht notwendig zu einer gerechteren Ressourcenverteilung

verpflichtet, die über eine Sicherung ihres eigenen Anteils hinausgeht“ (Human Rights Watch 2003: 15). Mit ihren Angriffen auf Öleinrichtungen wollen sie vor allem für sich selbst und für die eigenen *communities* Vergünstigungen erzwingen.

Die Ölfirmen, die sich lange Zeit nur auf den Schutz der Militärs verlassen hatten, gaben dem Druck lokaler Gewaltakteure nach und begannen, selektiv einzelne Dörfer oder Dorfgruppen zu fördern. In der Regel handelte es sich um Siedlungen, mit denen sie in engerem Kontakt standen, weil sie auf deren Territorium Bohrtürme oder Pumpstationen errichtet hatten. Solche *host communities* erhielten direkte Unterstützung durch den Bau von Schulen und Gesundheitseinrichtungen oder durch die Vergabe von Stipendien. Indem die Konzerne manche Ortschaften begünstigten und andere übergingen, schürten sie allerdings die Rivalität zwischen ihnen, und dabei wurden sie selbst in lokale Konflikte hineingezogen. Sprecher von Shell und Chevron räumten ein, dass ihre Politik zur Eskalation der Gewalt beigetragen habe. Deshalb wolle man die Mittel zur Entwicklung der Region in Zukunft gerechter verteilen (Ikelegbe 2006: 45; Peel 2005: 17; Zalik 2004: 408f, 415-417).

Zahlungen des Shell-Konzerns waren zum Beispiel Anlass für eine Serie von Zusammenstößen zwischen Bille und Kalabari, zwei Untergruppen der Ijaw. Jugendliche aus Bille hatten zwei Pumpstationen besetzt und für drei Monate die Ölproduktion gestoppt, bis die Konzernmanager einwilligten, mit ihnen über ihre Forderungen zu verhandeln. Jobs in den Produktionsanlagen konnte man ihnen nicht offerieren, denn die Ölproduktion ist kapital-, nicht arbeitsintensiv. Zudem wäre es gefährlich, ungelerntes Personal zu beschäftigen. Stattdessen bot man den Jugendlichen an, die Anlagen zu bewachen, also entlang der Ölpipelines zu patrouillieren und die Polizei zu informieren, falls sie Beschädigungen entdecken. Nur knüpfte man diesen Werkvertrag an die Bedingung, dass nicht nur einzelne Jugendliche, sondern alle Familien von Bille an der Überwachung der Anlagen beteiligt werden.

Benachbarte Ortschaften sahen sich freilich von der Kooperation mit Shell ausgeschlossen, ja sie deuteten die finanzielle Unterstützung für Bille als einen Versuch, ihre Gegner aufzurüsten: eine naheliegende Reaktion, denn Jugendliche nutzen die Zahlungen der Ölfirmen oft dazu, Waffen zu kaufen. Vertreter der Kalabari wandten sich daher an Shell und drängten ebenfalls auf einen *surveillance contract*, mit der Begründung, das Land, auf dem die Pumpstationen stehen, gehöre ihnen. Dieser Anspruch wurde von Bille bestritten, und so trieb der Streit um die Landrechte die verfeindeten Parteien in eine bewaffnete Konfrontation (Human Rights Watch 2002: 16-19; Tell, 5. 2. 2001: 56f).

Landkonflikte reichen oft weit in die Vergangenheit zurück, sie werden aber durch den Streit um die Ölgelder verschärft. Dörfer, die von Shell oder Agip direkt gefördert werden, wollen in der Regel nicht mit ihren Nachbarn teilen. Entwicklungsprojekte oder Arbeitsverträge sollen nur ihnen selbst zugute kom-

men, stehen doch die Bohrtürme von Shell auf „ihrem“ Land. Mit dieser Haltung geraten sie in Gegensatz zum *Ijaw Youth Council* (IYC) und anderen Ijaw-Nationalisten. Oronto Douglas, der aus einer Gegend stammt, in der kein Öl gefördert wird, warnte einzelne *communities* davor, sich nur von den eigenen partikularen Interessen leiten zu lassen: Das Öl gehöre der ganzen Nation, deshalb müssten alle davon profitieren (Nwajiaku 2005: 487). Doch das Gefühl, einer gemeinsamen Nation anzugehören, ist unter den 40 „Clans“ nur schwach ausgeprägt. In der Region um Oloibiri, wo die Ölförderung 1956 begann, sprechen die Menschen eine Sprache, die von anderen Ijaw nicht verstanden wird. Die Bewohner dieser Gegend ziehen es vor, über die Nutzung „ihrer“ Ölfelder mit Shell direkt zu verhandeln, statt die Vertretung ihrer Interessen dem IYC zu überlassen, zumal die Organisation nach ihrem Eindruck von fremden Ijaw-Clans beherrscht wird: „Sie ist dominiert von Izons, denn die haben ihren Mann als Gouverneur an der Spitze“ (zit. nach Nwajiaku 2005: 486; vgl. ebd: 459, 472).

Nach dem Urteil von *Human Rights Watch* lassen sich die selbstzerstörerischen Rivalitäten nur überwinden, wenn man bei der Verteilung der Ölgelder alle Bürger des Nigerdelta gleich behandelt. Statt zwischen Gemeinden zu unterscheiden, auf deren Territorium Öl produziert wird, und anderen, die keine eigenen Ölressourcen besitzen, sollten alle Teile der Küstenregion gleichermaßen gefördert werden (Human Rights Watch 2002: 5, 19; vgl. Peel 2005: 17). Doch von den Ölkonzernen ist nicht zu erwarten, dass sie in einer Region von 70.000 km² mit mehr als 10 Mio. Menschen einen flächendeckenden Ausbau der Infrastruktur finanzieren.¹⁹ Für das Recht, die Ölfelder auszubeuten, zahlen Shell und andere Firmen dem nigerianischen Staat einen Großteil ihrer Erlöse. Bei einem Weltmarktpreis von 50 US\$ pro Barrel Rohöl fließen 88 % in die Staatskassen. Auf diese Weise nahm die Zentralregierung in den letzten 30 Jahren über 300 Mrd. US\$ ein.²⁰ Nur hat sie es versäumt, mit diesem Geld die Delta-Region zu entwickeln, und so verlangt die lokale Bevölkerung von den Ölkonzernen zusätzliche Zahlungen, die direkt an die *communities* gehen sollen. Die Firmen, die aus ihrem Anteil an den Verkaufserlösen die Produktionskosten bestreiten müssen, sind freilich wenig geneigt, neben den vertraglich vereinbarten Zahlungen an die Regierung weitere finanzielle Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Da die Ölförderung in dieser umkämpften Region ohnehin zu gefährlich wird, verlagern sie die Produktion auf Bohrinseln vor der Küste. Dadurch verliert die Bevölkerung die Gelegenheit, die Ölmanager zu Verhandlungen über die Finanzierung von „Entwicklungsprojekten“ zu zwingen.

Der Aufstieg lokaler Gewaltakteure

Wenn die Ressourcen knapp werden, dürfte noch erbitterter um sie gestritten werden. Die jungen Männer, die sich zu bewaffneten Aktionen entschließen, ha-

ben wenig andere Einkommensquellen. Sie könnten für ein oder zwei US\$ am Tag auf den Feldern arbeiten, doch wer seinem häuslichen Elend entkommen will, muss einen Weg finden, an dem einzigen Reichtum der Region, den Ölgeldern, zu partizipieren. Die erfolgreichste Methode, sich einen Teil der Gelder anzueignen, wird von den Milizen „direkte Ressourcenkontrolle“ genannt. Verhandlungen mit Shell, Chevron oder Agip sind dabei nicht nötig. Man braucht nur das technische *know how*, um Hochdruckpipelines anzubohren. Das Rohöl wird von den angezapften Stellen direkt auf kleinere Schiffe geleitet, die es vor die Küste bringen, wo es auf Öltanker verladen wird. So wie bei anderen Strategien, von der Ölförderung zu profitieren, kommt es auch hier zu erbitterter Rivalität unter den Bewohnern des Deltas, denn es geht um sehr viel Geld. Nach Schätzungen von Shell gehen 8 bis 10 % der Produktion durch Diebstahl verloren; das könnte im Jahr 2003 Rohöl im Wert von 1,5 bis 4 Mrd. US\$ gewesen sein (Peel 2005: 11-12). Führer der Milizen betonen, dass es sich nicht um Diebstahl handele, da das Öl ohnehin den Bewohnern der Region gehöre. Doch über die Verwendung der Milliardenereinnahmen wird nicht demokratisch entschieden. Das Geld fließt durch die Hände von *warlords* und ihrer Verbündeten im Staatsapparat. Und wenn es zum Streit um die Beute kommt, gilt letztlich das Recht des Stärkeren. Erfolgreiche *gangs* verdrängen ihre Rivalen, so dass sie jene Wasserstraßen kontrollieren, über die das gestohlene Öl transportiert wird, und damit können sie von den Schiffen Schutzgelder erpressen.²¹

Öltanker, die vor der Küste illegal beladen werden, sind schwer zu verbergen. Wenn Nigerias Polizei und Marine schärfere Kontrollen vornähmen, könnten sie die Rebellengruppen von einem Großteil ihrer Geldressourcen abschneiden. Doch die lokalen Kommandeure ziehen es vor, sich an der Beute zu beteiligen. Das Öl macht Rebellen und Vertreter der Staatsgewalt zu Komplizen. Die Bedingungen ihrer Koexistenz müssen jedoch immer wieder neu ausgehandelt werden. Um nicht aus der Delta-Region verdrängt zu werden, demonstriert die Armee zuweilen, dass sie brutal zuschlagen kann. Aber für gewöhnlich arrangieren sich Truppen, die fest in der Region stationiert sind, mit den anderen Gewaltakteuren. Denn für die Soldaten, die schlecht bezahlt und ausgebildet sind, wäre es ruinös, in diesem unübersichtlichen Terrain die Konfrontation zu suchen. Zwar nehmen sie gelegentlich Mitglieder bewaffneter Banden fest, doch verzichten sie in der Regel auf Strafverfolgung (Human Rights Watch 2005: 17). Umgekehrt vermeiden es auch die Milizen, ihre Gegenspieler unnötig zu provozieren. Als Ijaw-Krieger im April 2003 eine Itsekiri-Ortschaft überfielen, informierten sie vor dem Angriff die Soldaten, die dort zum Schutz der Dorfbewohner stationiert waren, damit sie sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten (Human Rights Watch 2003: 9, 23).

Ähnlich ambivalent wie gegenüber der Armee verhalten sich die Milizen gegenüber dem politischen Establishment. Asari Dokubo geißelte in scharfen

Worten den Opportunismus der eigenen Ijaw-Politiker, die mit dem Präsidenten in Abuja kollaborieren. Gegen diese „Verräter“, die sich über die Interessen des Volkes hinwegsetzten, verlangte er Selbstbestimmung und echte Demokratie. Bei den Wahlen 2003 hatte die Bevölkerung in der Tat keine Chance gehabt, ihren Willen zu artikulieren. In Rivers, Bayelsa und Delta State kam es zu so massiven Wahlfälschungen, dass Präsident Obasanjo hier über 90 % der Stimmen erhielt. Für das Versagen demokratischer Institutionen ist Asari Dokubo allerdings mitverantwortlich. Er hatte sich, wie auch sein großer Rivale Ateke Tom, von Gouverneur Odili anheuern lassen, um mit seinen *boys* Oppositionspolitiker einzuschüchtern (Bergstresser 2005: 136f). Nach den Wahlen überwarf er sich mit dem Gouverneur, und Odili schloss sich mit Ateke Tom, dem Führer der *Niger Delta Vigilante*, zusammen. Doch auch Tom kann jederzeit die Fronten wechseln; zwischen ihm und anderen Milizenführern gibt es keinerlei ideologische Differenzen.

Dieser politische Pragmatismus macht es freilich nicht leichter, zu verlässlichen Absprachen zu kommen – ganz im Gegenteil. Da im Kampf um Einflussphären und Ölgelder die verschiedensten Allianzen möglich sind, wird das Verhalten der Akteure unberechenbar. Rebellenführer wie Politiker ähneln darin den Trickster-Figuren afrikanischer Mythen. Nehmen wir als Beispiel Asari Dokubo: Als Sohn eines Richters am Obersten Landesgericht begann er ein Jura-Studium, wurde aber wegen mangelhafter akademischer Leistungen von der Universität verwiesen. Schon während des Studiums wandelte er sich zum wiedergeborenen Christen und trat der *Deeper Life Bible Church* bei, richtete sein Interesse dann aber auf marxistische Literatur, konvertierte zum Islam und nahm den Namen Mujahed an: Kämpfer für den Dschihad. Er verließ Nigeria und absolvierte in einem islamischen Trainingscamp eine sechsmonatige Guerilla-Ausbildung. Trotzdem versuchte er nach der Rückkehr zunächst, innerhalb des politischen Establishments Karriere zu machen. Er schloss sich der *Social Democratic Party* an, die der Militärherrscher Babangida hatte gründen lassen, scheiterte aber bei den Wahlen zum Parlament, machte sich zum Sprecher militanter Jugendlicher und gelangte 2001 mit Hilfe des Gouverneurs an die Spitze des IYC (Tell, 18. 10. 2004: 15-18; Human Rights Watch 2005: 6). Als seine politischen Vorbilder nannte er Fidel Castro und die Anti-Apartheid-Aktivisten in Südafrika, außerdem fühlte er sich durch die „Freiheitskämpfer“ im Irak und in Tschetschenien inspiriert. Seine geschäftlichen Interessen, so versicherte er, seien dem politischen Kampf untergeordnet. Was er durch den illegalen Ölhandel an Geldern einnehme, diene nur dazu, den Befreiungskampf der Ijaw zu organisieren. Doch er liebt amerikanische Luxuslimousinen und lebte, wenn er nicht gerade bei seinen Kämpfern im Busch war, in einer Luxusvilla (Mason 2004; Jimo 2005; Tell, 18. 10. 2004: 24). Im September 2004 ließ ihn Präsident Obasanjo mit seinem Präsidentenjet zu

Verhandlungen in die Hauptstadt fliegen, und man einigte sich auf einen Waffenstillstand. Doch nachdem die Kämpfe wieder auflebten, wurde Asari am 20. September 2005 festgenommen und befindet sich seitdem in Haft.

Rebellenführer wie Asari Dokubo sind an einer demokratischen Kontrolle der Ölressourcen nicht interessiert, aber darin unterscheiden sie sich nicht von anderen Aktivisten der Delta-Minoritäten. Als am 15. September 2005 der Gouverneur von Bayelsa wegen Geldwäsche in London verhaftet wurde, verlangte Asari, so wie andere Ijaw-Nationalisten, dessen Freilassung. Der IYC warnte sogar die Regierungen in London und Abuja: Falls der Gouverneur nicht umgehend freikomme, könne man sich nicht für die Sicherheit britischer Bürger im Nigerdelta verbürgen.²²

Angesichts der Komplizenschaft zwischen Milizen und korrupten Politikern ist ein Ausweg der Krise nicht in Sicht. Den Bundesstaaten an der Südküste mehr Geld zu überweisen, also ihren Anteil an den Ölrnten von 13 auf 50 % zu erhöhen, würde die Probleme der Region nicht lösen. Nach Angaben der Weltbank haben Nigerias Gouverneure und andere Amtsträger von 1999 bis 2004 50 Mrd. US\$ auf Auslandskonten transferiert.²³ Auch die Forderung, das Geld direkt an die *communities* auszuhändigen und nicht an korrupte Politiker in den Landeshauptstädten (Dibua 2005: 23), dürfte den Bewohnern nicht weiterhelfen. Denn auch auf Dorfebene gibt es keine Institutionen, die es den Menschen ermöglichen, die Willkür von *warlords* und Jugendbanden, von Politikern und so genannten traditionellen Herrschern (das sind „Könige“ und andere Würdenträger, die seit der Kolonialzeit mit staatlichen Autoritäten verbündet sind und von der Regierung Gehälter beziehen) zu bändigen. Zwar finden überall Lokalwahlen und *town meetings* statt, aber die Dörfer, Clans und Familiengruppen sind durch interne Rivalitäten so geschwächt, dass sie ihre Führer nicht unter Kontrolle bringen.

Unsichere Machtallianzen

Der IYC und andere ethnische Interessenverbände plädieren dafür, den korrupten Eliten in den Bundes- und Landesbehörden die Kontrolle über die Ölgelder zu entziehen und stattdessen die lokalen *communities* zu ermächtigen. Für ausländische Unternehmen sind das keine attraktiven Aussichten. Die bisherigen Bemühungen, sich mit den Menschen vor Ort zu arrangieren und ihnen Geld zukommen zu lassen, haben den Firmen wenig Sicherheit gebracht. Immer wieder drängten sich Vertreter der lokalen Bevölkerung in ihre Büros und forderten im Namen der umliegenden Dörfer mehr Geld: Shell habe zu wenig gezahlt, und vor allem an die falschen Leute: „Ölfirmen haben gewaltige Summen an einzelne Personen oder Gruppen gezahlt, die in betrügerischer Absicht behaupteten, die Gemeinschaften zu repräsentieren“ (Osaghae 2001: 14). Aber wer sind die wirk-

lichen Repräsentanten? Gibt es lokale Autoritäten, die die Ölgelder fair und unparteiisch verteilen würden? Die fremden Firmen hatten bis in die 1990er Jahre hinein mit Dorfchefs und „traditionellen Herrschern“ kooperiert. Doch diese Eliten behielten das Geld der Ölkonzerne meist für sich oder verteilten es an ihre Anhänger. Gegen diese Selbstbereicherung formierte sich der Widerstand militanter Jugendlicher, die den Einfluss der *elders*, der etablierten Autoritäten, zurückdrängen und manchmal auch brechen konnten.²⁴ Doch die Jugendbanden verhalten sich ähnlich eigenmächtig wie die *elders*, die sie verdrängen. Die meisten von ihnen wollen, trotz der militanten Kritik an Shell oder Chevron, die Rolle von Partnern übernehmen, die von den Segnungen der Ölindustrie profitieren. Wenn sie Förderanlagen besetzen, Zufahrtswege blockieren oder Mitarbeiter kidnappen, geht es ihnen oft darum, einen „Dialog“ zu eröffnen mit dem Ziel, auf die Gehaltslisten der Firmen gesetzt zu werden (Nwajiaku 2005: 484, 491; Human Rights Watch 2002: 3, 28).

Aus der Perspektive ausländischer Konzerne sind die Aktionen der „Jugendlichen“ unberechenbar. Die Besetzung oder Zerstörung von Produktionsanlagen richtet sich oft gar nicht gegen deren Betreiber, sondern dient als ein Mittel, die Regierung unter Druck zu setzen (Ikelegbe 2006: 39). Denn die Menschen haben trotz der „Demokratie“ wenig andere Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen. Die Herrschenden in der Hauptstadt Abuja, etwa 600 Kilometer entfernt, lassen sich von Demonstrationen oder Protestresolutionen wenig beeindrucken. Die Ölfirmen dagegen sind leichter angreifbar; sie reagieren empfindlicher auf Druck, und so werden sie in Konflikte hineingezogen, deren Dynamik sie kaum beeinflussen können. So legten in Warri Milizen die Ölproduktion lahm und verlangten, dass die Zentralregierung für die Ijaw drei zusätzliche Bundesstaaten sowie 120 Kreisverwaltungen mit den entsprechenden Jobmöglichkeiten errichtet (Ejobowah 2000: 38). Im April und Mai 2003 kam es wegen der Kontrolle über die bestehenden Kreisverwaltungen zu Zusammenstößen zwischen Ijaw und Itsekiri mit etwa 1000 Toten. Die Ölanlagen blieben dabei nicht verschont, und so verlor Chevron/Texaco nach eigenen Angaben Produktionsstätten und Pipelines im Wert von 500 Mio. US\$ (Peel 2005: 17).

Milizen können freilich auch als Ordnungsfaktor wirken: Nach einem Angriff der Luftwaffe auf ein Rebellenlager im September 2004 drohte Asari Dokubo, die Ölinstallation in die Luft zu sprengen, falls die Armee und die Ölfirmen das Delta nicht verlassen. Doch er hat seine Drohung nicht wahr gemacht, vermutlich weil er selbst so viel an der Ausbeutung der Ölvorkommen verdient. Nur solange Öl gepumpt wird, kann er es aus den Pipelines stehlen.

Wie dieses Beispiel zeigt, hat die Regierung gute Gründe, nicht energisch gegen den illegalen Verkauf von Rohöl vorzugehen. Solange örtliche Politiker und Milizenführer die Chance haben, sich an der Ölförderung zu bereichern, suchen

sie sicherzustellen, dass kleinere Banden, die auf eigene Rechnung operieren, sich nicht an den Produktionsanlagen vergreifen.

Ölfirmen und *warlords* haben ein gemeinsames Interesse daran, dass die Ölquellen weiter fließen. Die Frage ist nur, ob sich auf dieser Basis eine langfristige Zusammenarbeit institutionalisieren lässt. Falls der Zentralstaat zerfällt, müssten internationale Investoren mit den lokalen Machthabern über die Lizenzen zur Ölförderung verhandeln. Doch *warlords* wie Asari Dokubo sind unzuverlässige Vertragspartner. Sie müssen auf Verbündete und rivalisierende Milizen Rücksicht nehmen, vor allem aber auf die eigenen Leute. Asari sprach davon, dass er 2000 Kämpfer unter Waffen habe, aber er war kein Kommandant, der von seinen Truppen Gehorsam verlangen konnte. Die NDLVF ist nur eine lose Allianz von *gangs* mit eigenen Führern und bizarren Namen: *Icelanders*, *Greenlanders*, *Palace Boys*, *Ku Klux Klan*, *Germans* oder *Vultures*. Von der Bevölkerung werden diese Gruppen „Kulte“ genannt, weil sich ihre Mitglieder durch religiöse oder magische Riten aneinander binden.²⁵ Ihre primäre Loyalität beschränkt sich also auf einen engen Zirkel und nimmt auf übergeordnete Interessen wenig Rücksicht. Wenn sie sich den großen Milizen anschließen, geschieht es oft in der Hoffnung, Waffen zu erhalten, die sie dann für ihre eigenen Operationen nutzen können (Human Rights Watch 2005: 4; Tell, 27. 9. 2004: 17).

In Nigeria wurde spekuliert, dass ausländische Firmen den Zerfall Nigerias herbeiwünschen, weil sie durch Lizenzverträge mit kleinen ethnischen Staaten oder Territorien bessere Konditionen aushandeln können.²⁶ Doch es ist eher zu vermuten, dass sie keine weiteren Investitionen riskieren würden. Denn welche Instanz sollte über die Einhaltung von Verträgen wachen? In einem vertraulichen Papier, das von amerikanischen Ölfirmen stammen soll, heißt es, dass man es vorziehe, die Bedingungen für Förderlizenzen mit der Zentralregierung in Abuja auszuhandeln und nicht mit Vertretern aus den Küstenstaaten. Allerdings äußerten die Sprecher der Ölfirmen Zweifel, ob der Zentralstaat seine Autorität noch lange aufrechterhalten kann. Es sei vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis die Föderation auseinander breche.²⁷

Wie lässt sich der Verfall des Staates abwenden?

Die Empfehlungen von Experten geben, wie mir scheint, wenig Grund zum Optimismus. Um die wirtschaftlichen Ursachen der ausufernden Gewalt zu bekämpfen, will die staatliche *Niger Delta Development Commission* ähnlich wie in Singapur Technologie-Parks aufbauen, damit ein wirtschaftliches Umfeld entsteht, das internationale High-Tech-Firmen anzieht (Peel 2005: 7). Ähnlich unrealistisch sind die Vorschläge mancher Experten aus dem Ausland: Die Regierung solle die Milizen entwaffnen und für deren Mitglieder andere, legale Formen von

Einkommen schaffen (Human Rights Watch 2003: 25, 28). Die Möglichkeiten westlicher Sozialtechnologie stoßen hier an ihre Grenzen. Einige Kämpfer waren zwar bereit, ihre Gewehre abzuliefern, nachdem sich die Regierung zu einem *buy-back*-Programm durchgerungen hatte. Doch die Milizen verkauften nur ältere Waffen, erhielten dafür Preise, die über dem Marktwert lagen, und konnten die Erlöse nutzen, um sich moderneres Gerät zu beschaffen (Amnesty International 2005: 19, Best & Von Kemedi 2005: 28; Economist, 14. 5. 2005: 44).

Andere Vorschläge zur Deeskalation der Konflikte klingen realistischer. Damit die Staatsgewalt als unparteiischer Vermittler anerkannt wird, müsse sie dafür sorgen, dass die eigenen Sicherheitskräfte nicht länger die Bevölkerung einschüchtern. Bislang hat der Staat es versäumt, Polizei- und Armeeangehörige für massive Menschenrechtsverletzungen, wie das Massaker von Odi, zur Rechenschaft zu ziehen (Human Rights Watch 2003: 23, 26f). *Human Rights Watch* forderte daher, Verbrechen der Sicherheitskräfte strafrechtlich zu verfolgen. Doch der politische Spielraum des Präsidenten ist hier sehr begrenzt. Soldaten, die befürchten müssen, wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu kommen, könnten sich weigern, gegen irreguläre Truppen in Krisengebieten zu kämpfen, und damit würde der Regierung die Kontrolle über die Armee entgleiten. Die jetzige Praxis, schwere Menschenrechtsverletzungen in Kauf zu nehmen, ist jedoch ebenfalls riskant. Polizei- und Armee-Einheiten, die sich nicht an rechtsstaatliche Regelungen gebunden fühlen, gleichen sich den anderen Gewaltakteuren an. Schon jetzt lassen sie sich von ihren Gegenspielern in *vendettas* hineinziehen. Wenn einzelne Soldaten in einen Hinterhalt geraten und getötet werden, schlagen die Sicherheitskräfte brutal zurück, und da die Täter kaum zu fassen sind, richten sich die Vergeltungsaktionen oft gegen deren Angehörige. Diesem Prinzip der Blutrache folgte auch der Angriff der Armee auf Odi, eine Stadt mit etwa 10.000-15.000 Einwohnern. Nachdem hier ein Dutzend Polizisten von einer Jugendbande getötet wurde, stellte Präsident Obasanjo dem Ijaw-Gouverneur von Bayelsa ein Ultimatum, die Schuldigen gefangen zu nehmen und sie den Strafverfolgungsbehörden auszuliefern. Kurz vor Ablauf der Frist wurden 2.000 Soldaten in Marsch gesetzt. Sie töteten mehr als Hundert Bewohner von Odi und plünderten die Stadt, um sie dann bis auf eine Handvoll Gebäude niederzubrennen (Tell, 17. 1. 2000: 22f; Smith-Höhn 2004: 56f).

Um die eigenen Angehörigen zu schützen und potentielle Angreifer abzuschrecken, sind die Sicherheitskräfte bemüht, durch spektakuläre Vergeltungsaktionen ihre Übermacht zu demonstrieren. Die Ereignisse in Odi illustrieren aber nicht nur die Brutalität der Staatsgewalt, sie geben auch eine Vorstellung davon, was nach einem Abzug von Armee und Polizei geschehen könnte. Die Bande, für deren Gewaltaktionen die Bürger von Odi büßen mussten, stammte gar nicht aus der Stadt. Sie war aus dem benachbarten Yenagoa vertrieben worden, hatte sich

in Odi niedergelassen und terrorisierte dort die Bewohner. Da die etablierten Autoritäten der Stadt zu schwach und in sich zerstritten waren, hatte man nicht die Kraft aufgebracht, gemeinsam gegen die 20 bis 30 Mitglieder der Bande vorzugehen. Daher hatte sich der „traditionelle Herrscher“ von Odi an die Behörden in der Landeshauptstadt gewandt, mit der Bitte, ihnen Polizisten zu schicken (Smith-Höhn 2004: 55, 58).

Ausblick

Eine Lösung der Konflikte ist nicht in Sicht. Doch angesichts der Gefahr, die Ölproduktion auf dem Festland zu verlieren, ist es möglich, dass die wichtigsten Akteure ihre Verteilungskämpfe zurückstellen und Arrangements aushandeln, durch die sich die Feindseligkeiten wenigstens vorübergehend eindämmen lassen. Nigerias Eliten haben auch bei früheren Gelegenheiten bewaffnete Auseinandersetzungen provoziert, doch waren sie in der Regel pragmatisch genug, die Gewalt in einen Prozess politischer Verhandlungen einzubinden. Gewalt hatte meist eine limitierte Funktion; sie diente als ein Mittel, Widersachern Zugeständnisse abzupressen.²⁸

Die politischen Eliten, die sich so erbittert bekämpfen, sind zugleich bemüht, die Gewalt unter Kontrolle zu halten, denn wenn der gemeinsame Staat zerfällt, werden fast alle zu den Verlierern gehören. Ein Bruch der Föderation würde vermutlich zu regionalen Kriegen führen (Sklar 2004: 46). Für die Igbo, die kurz vor dem Biafrakrieg schon einmal zu Hunderttausenden aus dem Norden fliehen mussten, ist die Aussicht, erneut vertrieben zu werden, ein Alptraum. Und auch Angehörige anderer Ethnien müssten befürchten, Opfer von Grenzkriegen und ethnischen Säuberungen zu werden. Da sich so viele Nigerianer in multi-ethnischen Großstädten angesiedelt haben und durch ein Netz von Handelsbeziehungen verbunden sind, wäre es hochriskant, sich in „ethnische Republiken“ zu separieren.

Neben den zentrifugalen Kräften, die zur Auflösung der Föderation treiben, gibt es daher auch Bemühungen, Differenzen zu überbrücken. Präsident Obasanjo hat schon angedeutet, dass er bereit wäre, den Interessen der Ölminoritäten weiter entgegenzukommen. Anfang 2006 erfüllte er zudem eine wichtige Forderung von Nichtregierungsorganisationen, als er die Zentralbank anwies, für jedes Haushaltsjahr genau aufzulisten, wie viel Geld von den Ölkonzernen in die Staatskassen geflossen ist.²⁹ Die Veröffentlichung dieser Zahlen soll helfen, Fälle von Korruption aufzudecken und die Ausgaben des Staates transparenter zu machen. Vielleicht tragen solche Initiativen auch dazu bei, jene Kräfte im Nigerdelta zu stärken, die sich der Gewaltstrategie der *warlords* entgegenstellen und einen Ausgleich mit der Zentralregierung suchen. Mit den Geldern, die die Regierung und die Ölkonzerne der Deltaregion zur Verfügung stellen, ließen sich die Le-

bensumständen der Bewohner deutlich verbessern, und es gibt einige *community development*-Initiativen, wie das Akassa-Projekt, die offenbar recht erfolgreich operieren. Statt sich auf den ruinösen Kampf um mehr Ölgelder einzulassen, richten sich hier die Anstrengungen darauf, die vorhandenen Mittel sinnvoll zu nutzen.

Nach der Verhaftung von Asari Dokubu und Gouverneur Alamieyeseigha sind die Konflikte freilich erst einmal eskaliert. Eine bislang unbekannte Gruppe, die sich *Movement for the Emancipation of the Niger Delta* (MEND) nennt, verlangte die sofortige Freilassung der beiden Männer und drohte mit einem „totalen Krieg“, um das Militär und die ausländischen Firmen zu vertreiben. Im Januar 2006 zerstörten Rebellen mehrere Ölplattformen, so dass Shell Hunderte von Mitarbeitern evakuieren musste. Es folgten Bombenattentate auf wichtige Pipelines, auf die Raffinerie in Warri und das Exportterminal in Forcados mit der Folge, dass Nigerias Ölproduktion um ein Viertel zurückging. Für den Fall, dass die Regierung nicht einlenke, kündigte ein Sprecher der MEND-Rebellen an, Öltanker vor der Küste mit Raketen zu beschießen.³⁰ Zur Unterstützung einer Militäraktion mit dem Namen *Restore Hope* entsandte Präsident Obasanjo weitere Truppen in die Krisenregion. Doch ohne den Rückhalt der Bevölkerung dürfte es der Armee nicht gelingen, die Ölanlagen dauerhaft zu schützen. Aber auch die Rebellenführer, die an die Stelle staatlicher Autoritäten treten wollen, sind nicht in der Lage, ausländischen Investoren Sicherheit zu bieten. Sie haben weder die Macht, neue Verwaltungsstrukturen aufzubauen, noch haben sie ein Interesse daran, denn ihr Aufstieg gründet sich gerade auf den Zustand allgemeiner Unsicherheit (Reno 2003: 340-341). Wenn es kaum noch schützende Institutionen gibt, müssen sich die Bürger den *warlords* unterwerfen, die die Mittel des Überlebens monopolisieren.

Anmerkungen

- 1 Im Jahr 2004 nahm die Zentralregierung etwa 25 Mrd. US\$ an Ölrenten ein. (Peel 2005: 6) Davon profitierten die neun Öl produzierenden Staaten, insbesondere die großen Erzeugerstaaten Delta, Rivers und Bayelsa, auf doppelte Weise. Neben ihrem Anteil von 13 % erhielten sie noch, so wie die anderen Staaten der Föderation, die üblichen Transferzahlungen aus der Hauptstadt: Von den Einnahmen des Bundes gehen 24 % an die 36 Staaten, weitere 20 % an die 774 Lokalverwaltungen, der Rest fließt in die Budgets der Bundesbehörden (Sagay 2004: 89).
- 2 Die Zahl privater Handfeuerwaffen wird für ganz Nigeria auf ein bis drei Mio. geschätzt (Best & Von Kemedi 2005: 17).
- 3 Orono Douglas, in: *Tell*, 12. 12. 1999: 18; *Ijaw Youth Council*, März 2001, zit. nach Adekson 2004: 82.
- 4 Smith 2005: 738. Ähnlich Apter (1998: 122): „Nur wenige sorgten sich um die Ogoni, die in der populären Presse manchmal mit Pygmäen von niedrigerem evolutionären Stand verglichen wurden.“ Als der staatliche Rundfunk meldete, dass Ken Saro-Wiwa hingerichtet worden war, wurde diese Nachricht im *Staff Club* meiner Universität mit viel Bier gefeiert. Igbo-Kollegen erklärten mir, Ken Saro-Wiwa sei mitverantwortlich dafür, dass Tausende von Igbo, die wäh-

- rend des Biafrakriegs aus Port Harcourt vertrieben wurden, ihren Besitz nie zurückerstattet bekamen, ja dass sie nicht einmal eine Entschädigung erhielten.
- 5 Dass die Regionen ihre Ressourcen anfangs selbst kontrollierten, wurde von allen Beteiligten als fair empfunden, denn die drei Regionen exportierten vor allem Güter, die ihre Bewohner selbst erzeugt hatten: Erdnüsse und Baumwolle im Norden, Kakao im Südwesten und Palmöl im Südosten. Erst mit der Erschließung der Erdölvorkommen kam es zum Streit. Das Öl, das internationale Firmen aus dem Boden pumpen, haben weder die Delta-Minoritäten, noch andere Nigerianer produziert, auch wenn sich die Fischer- und Bauerndörfer des Delta als *oil producing communities* bezeichnen. Wären einzelne Ogoni- oder Ijaw-Gruppen tatsächlich die Produzenten, gäbe es – auch unter den Minderheitenvölkern selbst – weniger Konflikte darum, wem die Erlöse aus dem Exportgeschäft zustehen.
 - 6 Eine Zeitschrift aus Lagos.
 - 7 Vgl. den Gesetzentwurf, den Vertreter der Yoruba, Igbo und anderer Ethnien dem Parlament vorlegten (Patriots 2001: 1, 3).
 - 8 Tell, 19. 2. 2001: 24.
 - 9 Agbu 2004a: 33; Wole Soyinka, in Tell, 3. 1. 2005, 45.
 - 10 Zu diesem Urteil kommen Amadu Sesay (2003: 78) und seine Mitarbeiter nach Umfragen in der Deltaregion; ähnlich Ifeka 2004: 146–147.
 - 11 Alfred Ille, Generaldirektor der *Ethnic Minority and Indigenous Rights Organisation of Africa*, in Tell, 2. 12. 2002: 28.
 - 12 Hotline [eine Zeitschrift aus Kaduna, der politischen Metropole des Nordens], 7. 5. 2000: 32.
 - 13 Abubakar Buba Galadima, in TSM. The Sunday Magazine [Lagos], 4. 12. 1994: 16f.
 - 14 Hotline, 19. 11. 2000: 24; vgl. Agbu 2004a: 27.
 - 15 Newswatch [Lagos], 29. 5. 2000: 13; Tell, 15. 11. 2004: 34.
 - 16 Ralph Uwazuruike, in The News, 17. 4. 2000: 14–15.
 - 17 Gegenüber Mitgliedern der eigenen Gruppe gelten Gesetze der Reziprozität, doch in der Sphäre „nationaler“ Politik, im Wettbewerb mit Vertretern anderer Ethnien oder *communities*, sind moralische Verpflichtungen weitgehend suspendiert: „Die politische Arena ist amoralisch, und Verhalten, das man in anderen Kontexten für moralisch verwerflich hält, ist hier erlaubt“ (Osaghae 1995: 62; vgl. Berman 2004: 47).
 - 18 Tell, 19. 9. 2005: 38.
 - 19 Ähnlich illusorisch ist die Annahme, die Firmen könnten dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Ölindustrie beschäftigt, direkt oder indirekt, in ganz Nigeria 35.000 Menschen (Amnesty International 2005: 19).
 - 20 Peel 2005: 2, 4.
 - 21 Tell, 18. 10. 2004: 21, 24.
 - 22 Tell, 3. 10. 2005: 30, 32. – Selbst Oronto Douglas, der in westlichen Medien als der bekannteste Menschenrechtsaktivist unter den Ijaw auftritt, stellte sich hinter den Gouverneur und sprach von einer „Verschwörung“ (ebd.: 32). Da Douglas sehr viel Einfluss auf den *Ijaw Youth Council* besitzt, hatte ihn der Gouverneur von Bayelsa zu seinem Informationsminister gemacht.
 - 23 Tell, 19. 9. 2005: 24.
 - 24 Das Wort *youth* bezeichnet nicht so sehr das Alter einer Person als ihren sozialen Status. Gemeint sind neben Jugendlichen im engeren Sinn auch ärmere, weitgehend rechtlose Männer, die nicht den Status von *elders* erreicht haben. Etwas salopp ausgedrückt: „Der Ausdruck ‘Jugendlicher’ bezeichnet jede arbeitslose Person unter 50“ (Africa Confidential, 27. 5. 2005: 4; vgl. Ekong 2004: 18).
 - 25 Der Begriff „Kult“ spielt auch darauf an, dass viele Bandenführer ehemalige Studenten sind, die den *Black Axe* und anderen „Campus-Kulten“ angehörten.
 - 26 Tell, 26. 9. 2005: 31.
 - 27 The News, 25. 9. 2000: 65.

- 28 Selbst die Scharia-Kampagne, mit der Politiker in den nördlichen Bundesstaaten eine Serie religiöser Unruhen provozierten, war vor allem darauf berechnet, die Regierung des christlichen Präsidenten unter Druck zu setzen (Mazrui 2001: 2; Kukah o.J.: 3). Und auch die Revanche-morde im Süden, mit denen christliche Igbo auf die Scharia-Massaker reagierten, waren – aus Sicht von Igbo-Führern – Teil einer Drohkulisse, die die eigene Verhandlungsposition stärken sollte: Nur wenn man der Gegenseite zeigt, dass man vor einer Konfrontation nicht zurückschreckt, wird sie sich mäßigen und Kompromisse eingehen.
- 29 Africa Research Bulletin, 16. 4.–15. 5. 2006: 16932.
- 30 BBC. Focus on Africa, April–June 2006: 16–17; African Business, April 2006: 52; Africa Research Bulletin, 1. 2.–28. 2. 2006: 16548–16549 und 16. 3.–15. 4. 2006: 16893.

Literatur

- Adekson, Adedayo Oluwakayode (2004): *The „Civil Society“ Problematique. Deconstructing Civility and Southern Nigeria's Ethnic Radicalization*. New York/London: Routledge.
- Agbu, Osita (2004a): *Ethnic Militias and the Threat to Democracy in Post-Transition Nigeria*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet.
- Agbu, Osita (2004b): „Re-inventing Federalism in Post-Transition Nigeria: Problems and Prospects“. In: *Africa Development*, 29. Jg. Nr. 2, S. 26–52.
- Akinyele, R.T. (2001): „Ethnic Militancy and National Stability in Nigeria: a Case Study of the Oodua People's Congress“. In: *African Affairs*, Nr. 100, S. 623–640.
- Alubo, Ogoh (2004): „Citizenship and Nation Making in Nigeria: New Challenges and Contestations“. In: *Identity, Culture and Politics*, 5. Jg., Nr. 1 & 2, S. 135–161.
- Amnesty International (2005): *Nigeria: Ten Years on: Injustice and Violence Haunt the Oil Delta*. <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGAFR440222005> (letzter Zugriff: 4. 11. 2005).
- Apter, Andrew (1998): „Death and the King's Henchmen: Ken Saro-Wiwa and the Political Ecology of Citizenship in Nigeria“. In: Na'Allah 1998, S. 121–160.
- Bergstresser, Heinrich (2005): „Nigeria“. In: Mehler, Andreas; Melber, Henning; van Walraven, Klaas (Hg.): *Africa Yearbook 2004. Politics, Economy and Society South of the Sahara*. Leiden/Boston: Brill, S. 133–148.
- Berman, Bruce (2004): „Ethnicity, Bureaucracy and Democracy: The Politics of Trust“. In: ders.; Kymlicka, Will; Eyoh, Dickson (Hg.): *Ethnicity and Democracy in Africa*. Oxford/Athens: James Currey Publishers & Ohio University Press, S. 38–53.
- Best, Shedrack Gaya; Von Kemedi, Dimieari (2005): „Armed Groups and Conflict in Rivers and Plateau States, Nigeria“. In: Florquin, Nicolas; Berman, Eric C. (Hg.): *Armed and Aimless: Armed Groups, Guns, and Human Security in the ECOWAS Region*. Genf: Small Arms Survey Publication [im Internet zugänglich], S. 13–45.
- Bob, Clifford (2001): „Marketing Rebellion: Insurgent Groups, International Media, and NGO Support“. In: *International Politics*, Nr. 38, S. 311–334.
- Brunner, Markus (2002): *The Unfinished State. Demokratie und Ethnizität in Nigeria*. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Dibua, J.I. (2005): „Citizenship and Resource Control in Nigeria: The Case of Minority Communities in the Niger Delta“. In: *Afrika Spectrum*, 39. Jg., Nr. 1, S. 5–28.
- Douglas, Oronto; Ola, Doifie (1999): „Defending Nature, Protecting Human Dignity – Conflicts in the Niger Delta“. In: Mekenkamp, Monique; van Tongeren, Paul; van de Veen, Hans (Hg.): *Searching for Peace in Africa. An Overview of Conflict Prevention and Management Activities*. Utrecht: European Platform for Conflict Prevention and Transformation, S. 334–338.

- Douglas, Oronto; Kemedi, Von; Okonta, Ike; Watts, Michael (2003): *Alienation and Militancy in the Niger Delta: A Response to CSIS on Petroleum, Politics, and Democracy in Nigeria*. FPIF Special Report. <http://www.fpiif.org/pdf/papers/SRnigeria2003.pdf> (letzter Zugriff: 14. 10. 2005).
- Ebeku, Kaniye S.A. (2005): „Recent Developments in the Making of a Democratic and Legitimate Constitution in Nigeria“. In: *Recht in Afrika*, 8. Jg., Nr. 2, S. 139-142.
- Economist Intelligence Unit (2005): *Country Profile 2005. Nigeria*. London: Economist Intelligence Unit.
- Ejibowah, John Boye (2000): „Who Owns the Oil? The Politics of Ethnicity in the Niger Delta of Nigeria“. In: *Africa Today*, 47. Jg., Nr. 1, S. 29-47.
- Ekong, Francis (2004): „The Oil Revolt“. In: *NewsAfrica*, 31. 10. 2004, S. 15-18.
- Engel, Ulf (2005): *The Niger Delta Region. A Strategic Conflict Analysis of Conflicts around Oil* [unveröffentlichtes Manuskript].
- Frynas, Jędrzej George (2001): „Corporate and State Responses to Anti-Oil Protests in the Niger Delta“. In: *African Affairs*, Nr. 100, S. 27-54.
- Human Rights Watch (2002): *The Niger Delta: No Democratic Dividend*. Bd. 14, Nr. 7 (A), Oktober 2002. <http://hrw.org/reports/2002/nigeria3/nigerdelta.pdf> (letzter Zugriff: 14. 10. 2005).
- Human Rights Watch (2003): *The Warri Crisis: Fueling Violence*. Bd. 15, Nr. 18 (A), Dezember 2003. <http://hrw.org/reports/2003/nigeria1103/nigeria1103.pdf> (letzter Zugriff: 14. 10. 2005).
- Human Rights Watch (2005): *Nigeria: Fight for Oil Fuels Violence in the Delta*. <http://hrw.org/english/docs/2005/02/03/nigeri10114.txt.htm> (letzter Zugriff: 14. 11. 2005).
- Hyden, Goran (1999): „Governance and the Reconstitution of Political Order“. In: Joseph, Richard (Hg.): *State, Conflict, and Democracy in Africa*. Boulder/London: Lynne Rienner, S. 179-195.
- Ibrahim, Jibrin (2002): „The National Conference and the Challenge of Developing Democratic Federalism in Nigeria“. In: Igbuzor, Otiye; Bamidele, Ololade (Hg.): *Contentious Issues in the Review of the 1999 Constitution*. Lagos: Citizens' Forum for Constitution Reform, S. 159-222.
- Ifeka, Caroline (2004): „Violence, Market Forces and Militarisation in the Niger Delta“. In: *Review of African Political Economy*, 31. Jg., Nr. 99, S. 144-150.
- Ikelegbe, Augustine (2005): „Engendering Civil Society: Oil, Women Groups and Resource Conflicts in the Niger Delta Region of Nigeria“. In: *Journal of Modern African Studies*, 43. Jg., Nr. 2, S. 241-270.
- Ikelegbe, Augustine (2006): „The Economy of Conflict in the Oil Rich Niger Delta Region of Nigeria“. In: *African and Asian Studies*, 5. Jg., Nr. 1, S. 23-55.
- Isumonah, V. Adefemi (2004): „The Making of the Ogoni Ethnic Group“. In: *Africa*, 74. Jg., Nr. 3, S. 433-453.
- Jimo, Hakeem (2005): „Der Öldieb“. In: *Die Tageszeitung*, 24. 2. 2005.
- Jinadu, L. Adele (2004): „Explaining and Managing Ethnic Conflict in Africa: Towards a Cultural Theory of Democracy“. In: *African Journal of Political Science*, 9. Jg., Nr. 1, S. 1-26.
- Kaiama Declaration (2004): „The Kaiama Declaration. Being the Communique issued at the End of the All Ijaw Youths Conference, which was held in the Town of Kaiama this Day 11th Day of December 1998“. In: Agbu 2004a, S. 51-53.
- Kukah, Matthew Hassan (o.J.): *Beyond Sharia. Interpreting Recent Religious and Ethnic Clashes in Nigeria*. Paper presented at a Conference by Centre for Democracy & Development, <http://cdd.org.uk/sharia.htm> (letzter Zugriff: 5. 1. 2005).
- Mason, Paul (2004): „Oil Gangs Threaten Nigerian Unity“. In: *BBC News*, 15. 11. 2004, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/programmes/newsnight/4013001.stm> (letzter Zugriff: 22. 9. 2005).
- Mazrui, Ali A. (2001): *Shariacracy and Federal Models in the Era of Globalization: Nigeria in Comparative Perspective*. Paper presented at the Conference on „Restoration of Shariah in Nigeria: Challenges and Benefits“ in London am 14. April 2001, http://www.shariah2001.nmnonline.net/mazrui_paper.htm (letzter Zugriff: 30. 4. 2004).
- Na'Allah, Abdul-Rasheed (Hg.) (1998): *Ogoni's Agonies: Ken Saro-Wiwa and the Crisis in Nigeria*. Trenton, NJ/Asmara, Eritrea: Africa World Press

- Nwajiaku, Kathryn (2005): „Between Discourse and Reality. The Politics of Oil and Ijaw Ethnic Nationalism in the Niger Delta“. In: *Cahiers d'Études Africaines*, 45. Jg., Nr. 2, S. 457-496.
- Obi, Cyril I. (2004): *The Oil Paradox: Reflections on the Violent Dynamics of Petro-Politics and (Mis)Governance in Nigeria's Niger Delta*. University of Leipzig Papers on Africa, Politics and Economics, Nr. 73. Leipzig.
- Osaghae, Eghosa E. (1995): „Amoral Politics and Democratic Instability in Africa: A Theoretical Exploration“. In: *Nordic Journal of African Studies*, 4. Jg., Nr. 1, S. 62-79.
- Osaghae, Eghosa E. (2001): „From Accommodation to Self-Determination: Minority Nationalism and the Restructuring of the Nigerian State“. In: *Nationalism & Ethnic Politics*, 7. Jg., Nr. 1, S. 1-20.
- Peel, Michael (2005): *Crisis in the Niger Delta: How failures of Transparency and Accountability are Destroying the Region*. Chatham House. Africa Programme. <http://www.riia.org/pdf/research/africa/BPnigerdelta.pdf> (letzter Zugriff: 14. 10. 2005).
- Reno, William (2003): „The Changing Nature of Warfare and the Absence of State-Building in West Afrika“. In: Davis, Diane E.; Pereira, Anthony W. (Hg.): *Irregular Armed Forces and their Role in Politics and State Formation*. Cambridge: University Press, S. 322-345.
- Rotberg, Robert I. (Hg.) (2004): *Crafting the New Nigeria. Confronting the Challenges*. Boulder/London: Lynne Rienner.
- Sagay, Itse (2004): „Reordering Nigerian Federalism: Making It More Confederal“. In: Rotberg 2004, S. 85-98.
- Saro-Wiwa, Ken (1998a): „They Are Killing My People“. In: Na'Allah 1998, S. 329-342 [nachgedruckt aus *The News*, 17. 5. 1993].
- Saro-Wiwa, Ken (1998b): „We Will Defend Our Oil with Our Blood“. In: Na'Allah 1998, S. 343-359 [nachgedruckt aus *Tell*, 8. 2. 1993].
- Sébille-Lopez, Philippe (2005): „Les Hydrocarbures au Nigeria et la Redistribution de la Rente Pétrolière“. In: *Afrique Contemporaine*, Nr. 216, S. 157-175.
- Sesay, Amadu; Ukeje, Charles; Aina, Olabisi; Odebiyi, Adetanwa; Centre for Development and Conflict Management Studies (Hg.) (2003): *Ethnic Militias and the Future of Democracy in Nigeria*. Ile-Ife: Obafemi Awolowo University Press.
- Sklar, Richard L. (2004): „Unity or Regionalism: the Nationalities Question“. In: Rotberg 2004, S. 39-59.
- Smith, Daniel Jordan (2005): „Oil, Blood and Money: Culture and Power in Nigeria“. In: *Anthropological Quarterly*, 78. Jg. Nr. 3, S. 725-740.
- Smith-Höhn, Judy E. (2004): *The Causes of Violent Conflict in the Niger Delta. Case Studies of Odi and Warri*. Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft (unveröffentlichte Diplomarbeit).
- Tabiu, Muhammed (2001): *Sharia, Federalism and Nigerian Constitution*. Paper presented at the Conference on „Restoration of Shariah in Nigeria: Challenges and Benefits“ in London am 14. April 2001. http://www.shariah2001.nmnonline.net/tabiu_paper.htm (letzter Zugriff: 30. 4. 2004).
- The Patriots (o.J.): *A Bill for an Act to Make Provisions for Convening a National Conference of the Peoples of Nigeria for Purposes of Preparing a Constitution for Consideration and Adoption by the People of Nigeria at a Referendum and Matters Ancillary Thereto*. Prepared and Submitted by The Patriots.
- Zalik, Anna (2004): „The Niger Delta: 'Petro Violence' and 'Partnership Development'“. In: *Review of African Political Economy*, 31. Jg., Nr. 101, S. 410-424.

Anschrift des Autors:

Johannes Harnischfeger
j.harnischfeger@gmx.de